

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



SPD-Ratsfraktion ■ Wilhelmstr. 6 ■ 53809 Ruppichterath

Ratsfraktion-Ruppichterath

An den
Bürgermeister der
Gemeinde Ruppichterath
Herrn Mario Loskill
Rathaus, 53809 Ruppichterath

Unser Zeichen:
RR/ML

Datum:
17.02.2018

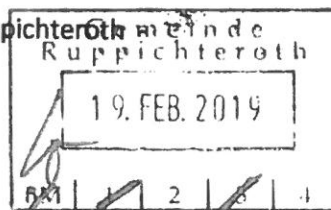
Richard Rohs
Herrenbröl 7
53809 Ruppichterath

Telefon:
02295 – 6406

Telefax:
02295 – 903988

E-Mail:
fraktion(at)spd-ruppichterath.de

Internet:
www.spd-ruppichterath.de



**Resolution des Rates der Gemeinde Ruppichterath
an die NRW-Landesregierung zur Änderung
des § 8 Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie die Resolution des Rates an die NRW-Landesregierung zur „Änderung des § 8 Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW)“ auf die nächste Sitzung des Rates zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Ruppichterath fordert die Landesregierung auf, das Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass die Grundstückseigentümer, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist, von den Beiträgen befreit werden. Die Gemeinde erhält als Ersatz für den Wegfall Zuweisungen aus originären Landesmitteln in voller Höhe.

Begründung:

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Diese hohen Beitragsforderungen bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die derzeitige Rechtsanwendung des „KAG“ berücksichtigt nicht die persönliche oder wirtschaftliche Situation der Bürger. Nach einem Bericht der Landesregierung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen des Landtags NRW vom 01.10.2018 wurde hinsichtlich der Gesamtsumme für die von den Grundstückseigentümern auf Grundlage des „KAG“ erhobenen kommunalen Straßenausbaubeiträge ein Betrag ermittelt, der jährlich zwischen 112 Mill. und 127 Mill. Euro liegt.

Für die bisher zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen verpflichtenden Grundstückseigentümer entstehen durch die Abschaffung deutliche Entlastungen.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Rohs
Fraktionsvorsitzender